

Arbeitsstelle

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus in der DDR; Ursachen und Kontinuitäten Vortrag von David Begrich zur Tagung „Umstrittene Kontinuitäten“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Januar 1988 erschien im Verlag „Junge Welt“ ein blaues Buch im A5 Format, unter dem Titel „Fragen an die Geschichte der DDR“. Dieses verstand sich laut Vorwort als „Handreichung zum FDJ Studienjahr 1988/89 in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR“. Ein Autorenkollektiv hatte sich viel Mühe gemacht, kurze knackige Texte zu schreiben, die alles waren, nur keine Fragen an die Geschichte der DDR. Im ersten Kapitel hieß es über die Voraussetzungen der Gründung des Staates: *„Mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in den Jahren 1945-49 wurden die Ursachen des Faschismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet.“* Dieser Satz bot für einige Jugendliche aus Potsdam im September 1988 Grund zur Nachfrage. Auf einer Gedenkveranstaltung zum *„Tag der Opfer des Faschismus“* entrollten sie ein Transparent, dessen Aufschrift die Existenz von Neonazis in der DDR behauptete, was bei den Besuchern des Potsdamer Gedenktages erst für Kopfschütteln, dann für Wut und schließlich zum Eingreifen *„unserer Organe“* führte. Einige Wochen später lud die FDJ Bezirksleitung die jungen Leute aus der Offenen Arbeit der Potsdamer Junge Gemeinde zum Gespräch vor. Dort beschied man ihnen unter Verweis auf die Publikation des FDJ Verlages, dass es in der DDR keine Neonazis, sondern nur vom Westen aufgehetzte Rowdys gebe. Einer der damaligen Gesprächsteilnehmer auf Seiten der FDJ nimmt heute die Funktion des Fraktionsgeschäftsführers einer Regierungspartei im Land Brandenburg ein. Ein anderer damaliger Teilnehmer auf Seiten der kritischen Jugendlichen stellt heute als Berliner Rechtsanwalt die Vertretung von Opfern rechter Gewalt in den Mittelpunkt seiner Arbeit.

Perspektiven

Wer es unternimmt, sich zum Rechtsextremismus in der DDR zu äußern, legt sich mit der Erinnerung der Akteure an. Die einen erinnern sich immerfort an einen

antifaschistischen Staat, den sie als historische Konsequenz aus dem NS und als Alternative zur Bundesrepublik wahrnahmen. Andere erinnern sich an leere Rituale, phrasenhafte Formeln und ideologisch gerechtfertigte Repression. Um dem Gegenstand gerecht zu werden, ist Geschichte anzusehen, als ein auf Handlungsspielräume angelegter Prozess der den Intentionen der handelnden Akteure nicht immer entsprach, und unvorhersehbare Wechselwirkungen barg. Unsere Fragen an die Geschichte der DDR sollten wir als Fragende, nicht als Wissende stellen, um ein Diktum Walter Benjamins zu verwenden.

In meinem Vortrag sollen die Voraussetzungen für die Kontinuität rechtsextremer Ideologieelemente in der politischen Kultur der DDR unter drei Aspekten angesehen werden. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass die die DDR prägenden rituellen, ästhetischen und kommunikativen Elemente einer politischen Kultur den Geruch des Formaldehyds der 1930er Jahre bis 1989 nicht ablegen konnte, was die absurden Fackelmärsche, Massenaufzüge am 7. Oktober 1989 bezeugen. Die Abwesenheit zivilgesellschaftlich organisierter Öffentlichkeit war keine Frage des Papiermangels, sondern eine der intendierten repressiven Toleranz der herrschenden Ideologie.

Antifaschismus

Zweifelsohne war die DDR ihrer Selbstwahrnehmung nach d e r antifaschistische Staat auf deutschen Boden. Über den ideologisch integrierenden Charakter (oder sollte man sagen das moralische Erpressungspotential) dieses Antifaschismus ist bereits viel geschrieben worden. Die Formel vom „verordneten Antifaschismus“ ist indes zur Leerformel verkommen, weshalb ich diese auch nicht verwende. Im Anschluss an den viel zu früh verstorbenen DDR Historiker Olaf Groehler möchte ich hingegen den Begriff des „heroischen Antifaschismus“ aufgreifen, den Groehler in der Debatte um den Umgang der DDR mit der NS Vergangenheit in einem Briefwechsel mit Ulrich Herbert zunächst nur eingebracht, und anschließend auch öffentlich verwandt hat. Im Mittelpunkt der Analyse Groehlers steht die Beobachtung, dass das Narrativ vom Antifaschismus nur Widerstandskämpfer, jedoch keine Opfer kannte. In einem Aufsatz aus dem Jahr 1990 erläutert Groehler, das und wie der DDR Antifaschismus den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zunächst hierarchisierte (Kommunisten, Sozialdemokraten usw.), heroisierte und schließlich (wie am Beispiel des DDR Narrativs zu Ernst Thälmann zu lernen ist) trivialisierte. Hingegen blieben die Opfer der Nazis in der politischen Kultur des Antifaschismus

schemenhafte Objekte funktionalistischen Handelns der Ausbeuterklassen. Die Frage nach Empathie mit den Opfern, deren Eigensinn und Lebenswelt war nicht vorgesehen. Wer dies im Forum der Erinnerungskultur der DDR zu durchbrechen wagte, verfiel der Inquisition der Partei. So scheiterte die Veröffentlichung der Bücher Primo Levis in der DDR letztlich am Einspruch des „Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer“, einer seit 1955 bestehenden SED Vorfeldorganisation. Diese hatte an Levis Auschwitzbuch die Abwesenheit von Kämpfern gegen die Nazibarbarie bemängelt. Auf massive Vorbehalte stießen, wie bekannt die Arbeiten von Jurek Becker und Franz Fühmann, welche die individuellen Schicksale der Opfer in den Mittelpunkt ihrer ästhetischen Verarbeitungsversuche stellten. Diese Ausblendung der Opferperspektive hatte zwei Folgen. Sie lud die ebenso wie in Westdeutschland in den NS verstrickte Mehrheitsbevölkerung zu einer projektiven Selbstentlastung ein, in dem der heroische Widerstandskämpfer zur positiven Identifikation angeboten wurde. Der praktische Umgang der DDR etwa mit Arisierungsoffern und ihren Erben bestätigte den Mechanismus der Verdrängung der Mehrheitsbevölkerung dadurch, dass Arisierungen durch die Überführung in Volkseigentum unter dem Verweis auch jüdische Kapitalisten seien Kapitalisten, Legitimation erfuhr. [Allerdings hatte sich Paul Merker noch aus dem mexikanischen Exil für eine Rückgabe und Entschädigung jüdischen Eigentums durch einen sozialistischen Staat ausgesprochen, was seine Partei, die SED mit einem politischen Schauprozess bedachte, in dem Merker Zionismus und Kosmopolitismus vorgeworfen wurde. Später wurde er halbherzig rehabilitiert.]

Ein weiterer Hauptaspekt des DDR Antifaschismus war seine Rolle als Herrschaftssicherungs- und Legitimationsideologie für tagespolitische und also gänzlich irdische Dinge. Nicht nur wurden zwei Generationen Intellektueller mit dem Argument des Antifaschismus die Loyalität zu absurden Winkelzug der Partei abgepresst, auch die Praxis des konkreten Umgangs mit NS Tätern und Taten folgte dem ausschließlich instrumentellen Kalkül der führenden Partei. Diese hatte mit der schlichten Tatsache umzugehen, dass auch die DDR im Gegensatz zu den Verlautbarungen Albert Nordens, ein Nachfolgestaat des Deutschen Reiches war, und somit vor dem Problem stand, ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht, der SS und der NSDAP attraktive Integrationsangebote zu unterbreiten, um sie bei der Stange zu halten, sprich sie am Weggang in den Westen zu hindern.

Hierfür hatte man bereits 1947 die NDPD geschaffen, in der nationalkonservative, ehemals völkische und nazistische Rechte ihren Ort im sozialistischen Staat finden sollte. Ihre Funktionsträger waren ins Nazireich als SS Männer, Wehrmachtsoffiziere und Fahnenjunker verstrickt. Die ideologische Rhetorik der NDPD knüpfte zunächst an die Ideenwelt der Ostorientierung des nationalrevolutionären Flügels der Weimarer Rechten an, um später in einen antiwestlich akzentuierten „sozialistischen Patriotismus“ transformiert zu werden, der sich in Abgrenzung zum Nationalkonservatismus der „Bonner Ultras“ verstand. Das Habitus und Sozialisation nationalkonservativer Akteure sich in Ost wie West glichen, wiewohl sie im kalten Krieg auf verschiedenen Seiten standen, lässt die Paradoxie der Blockparteienpolitik der SED erkennen. Doch auch die SED nahm, wo es ihr opportunistisch erschien, ehemalige Nazis in ihre Reihen auf. Dies sorgte vor allem bei jenen Genossen für Verbitterung, die in der NS Zeit KZ und Zuchthaushaft erlitten hatten. Doch die intern geäußerte Kritik ehemaliger Widerstandskämpfer wurde vom ZK abgezügelt und die verbitterten Kritiker verstummten.

Die lautesten Töne jedoch schlug die DDR Propaganda dort an, wo es um die Verfolgung und Bestrafung von NS Tätern ging. Eine ganze ZK Abteilung und die ihr zuarbeitenden MfS Dienststellen legten den Finger in die Wunden der mangelhaften Verfolgung von NS Unrecht in der Bundesrepublik. Braunbücher und Dossiers wurden vorgelegt, harte Fakten ebenso ans Licht gebracht, wie wirkmächtige Fiktionen und Fälschungen. Die Verfolgung und Bestrafung von NS Tätern im eigenen Land unterlag, wie der Historiker Henry Leide gezeigt hat, dem Opportunitätsvorbehalt von Partei und MfS. Ganz auf die operativen und politischen Bedürfnisse der beider Organisationen ausgerichtet, wurde in laufende Ermittlungsverfahren eingegriffen, die verzögert oder beschleunigt oder, wenn es politisch angezeigt schien, eingestellt wurden. Verdächtige Täter wurden als IM geworben oder schlicht erpresst. Dieser instrumentelle Umgang mit NS Tätern genügte keinesfalls den ständig wiederholten moralischen Überlegenheitsansprüchen der DDR, sondern ausschließlich der Logik des kalten Krieges.

Das es dennoch den Versuch der Selbstbefragung und der Auseinandersetzung mit der NS Vergangenheit unter den Bedingungen des Diskurses im geschlossenen Raum gab, ist jenen Filmemachern, Schriftstellern und Autoren zu danken, die den

Mut hatten, ihre Werke gegen Borniertheit, ideologische Verblendung und Kleingeistigkeit durchzusetzen.

Nationalismus

Zum Nationalismus hatte die DDR ein gespaltenes Verhältnis. Sie unterschied zwischen einem positivem Befreiungsnationalismus und einem reaktionären Nationalismus. Auf die nationalistische Karte setzte die SED immer dann, wenn es galt eine deutschlandpolitische Wende zu rechtfertigen oder die Legitimität ihrer Herrschaft aus der Vergangenheit herzuleiten. Bereits unmittelbar nach dem Ende des Krieges knüpften die Emissäre der Gruppe Ulbricht an jene nationalistischen Intentionen an, welche für die Politik der KPD in der Endphase der Weimarer Republik prägend gewesen waren. Johannes R. Becher wurde beauftragt, dass nationalkonservative Bürgertum für der Projekt einer patriotischen Erneuerung der Nation unter der Führung der Kommunisten zu gewinnen. Die antiwestliche Stossrichtung war unverkennbar. Die nationalistische Rhetorik gewann in den 1950er Jahren eine antiamerikanische und antimoderne Dynamik, deren roter Faden sich von der sogenannten Formalismusdebatte in der Kultur bis zum Kampf gegen die „Unkultur des yeah, yeah, yeah“ zog. Die in der Kritik der westlichen Jugendkultur als dekadent, schmutzig und unschicklich aufscheinende deutschtümeln Kleinbürgerlichkeit bestätigte die DDR nach 1968 als den deutschen der beiden deutschen Staaten.

Der ab Mitte der 1970er Jahre propagierte Sozialismus in den Farben der DDR behauptete die diese als eigene Nation, die sich nach und nach Luther und Goethe, Schiller und Bach, und schließlich auch Ernst Moritz Arndt und Turnvater Jahn einverleibte. Das sie Nationalismus auch als Ressentiment zu mobilisieren wusste, zeigte die Staatspartei ab Beginn der 1980er Jahre, als die DDR nichts mehr fürchtete als eine Demokratiebewegung die zu den Kampfmethoden von Solidarnosh griff: Dem Feindbild vom „Polacken“ der die DDR Geschäfte leer gekaufte trat die Partei jedenfalls nicht entgegen, sondern instrumentalisierte es als Blitzableiter für die politische Stagnation im Land.

Der staatliche Umgang mit den sogenannten „Vertragsarbeiter/innen“ aus Vietnam, Kuba oder Mozambique trug den Charakter der rassistischen Ausgrenzung. Kontakte zur deutschen Mehrheitsbevölkerung waren unerwünscht. Es ging der DDR, die

unter einem chronischen Arbeitskräftemangel litt einzig und allein um die Ausnutzung der Arbeitskraft der angeworbenen Migranten.

Die vorliegende empirische Datenlage zur Identifikation der DDR Bürger mit ihrem Staat und der herrschenden Ideologie trifft erstmals zu Beginn der 1980er Jahre Aussagen darüber, dass der integrierende Konsens mit dem ethischen Anliegen des realen Sozialismus im Schwinden begriffen war. Die bis zur Wende nur einem eingeweihten Kreis von Wissenschaftlern und Funktionären zugänglichen Untersuchungen des „Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig“ weisen aber bereits ab Ende der 70er Jahre eine wachsende Distanz der jüngeren Alterkohorten zu Ideologie und Praxis des Sozialismus in der DDR auf. *[Zwar konstituierte sich auch in der DDR eine Generation, die sich durchaus als „68er“ bezeichnen ließen. Doch die Formen ihres Protestes, ihr Eigensinn und ihre Ausdrucksformen konstituierten keine Bewegung. Die mit der kurzen Phase einer Liberalisierung zu Beginn der Honecker Ära einhergehenden Hoffnungen wurden durch harte Fakten rasch kassiert.]* Diese Entwicklung gewinnt zu Beginn der 1980er Jahre an Dynamik. Ideologischer Herrschaftsanspruch und realen Lebenswelt klafften immer weiter auseinander. Die mit Westfernsehen, Rockmusik und Jeans aufgewachsene Generation ließ das ideologische Dauerfeuer im Alltag an sich abprallen, ignorierte oder unterlief es. Mit dem rhetorischen Arsenal des kalten Krieges wurden die DDR Jugendlichen immer weniger erreicht. Man nahm sich neue Freiräume in die der Staat nunmehr durch die Arbeit der Stasi einzugreifen versuchte. Doch zerschlagen wie in der Frühphase der DDR konnte der Apparat diese lebensweltliche Absetzbewegung der Jugend nicht mehr.

Die Reaktionen des Sicherheitsapparates

Innerhalb der Architektur des DDR Sicherheitsapparates waren im Wesentlichen drei Institutionen mit der repressiven Auseinandersetzung mit jeglichen Formen von Jugendkultur befasst: die Transportpolizei (TRAPO), die Politische Kriminalpolizei (K1) und diverse Unterabteilungen der Hauptverwaltung XX des MfS. Doch alle genannten Dienststellen hatten zunächst das Problem, nur eine sehr unscharfe Vorstellung davon zu besitzen, welche Interaktionsformen das staatsfeindliche Gebaren von Punks, Gruffies, Skinheads und Heavy Metals eigentlich ausmachten.

Das ging schon damit los, dass die Genossen zunächst die Gruppen schlicht nicht zu unterscheiden wussten. Die Erfassung von rechtsextremen Straftatmotiven stellte die in solchen Fällen zumeist ermittelnde K1 vor große Probleme der Einordnung solcher Straftaten. Denn mit dem Straftatbestand des „Rowdytums“ hatte sich die DDR ein Instrument geschaffen, dass auf randalierende Fußballfans ebenso zutraf, wie auf politisch motivierte Straftaten. Wie deren Tatmotivation jedoch mit den Kategorien des verqueren politischen Strafrechts der DDR gemessen werden sollten, blieb zunächst offen.

Zudem zeigte sich, dass das eingeübte Wechselspiel von Repression und Integration gegenüber sich non-konform verhaltenden Jugendlichen nicht mehr griff. Mit dem Beginn der 1980er Jahre ließen sich jugendkulturelle Strömungen in der DDR immer weniger einschüchtern und traten offensiver in der Öffentlichkeit auf. Dies traf auch auf die sich ab Beginn der 1980er Jahre entwickelnde rechte Skinheadszene zu. Besonders in den Bezirkstädten Potsdam, Dresden, Halle und Magdeburg entwickelte sich diese Szene sprunghaft.

Nach dem auch in den DDR Medien breit, aber unter falschen Vorzeichen thematisierten Überfall von rechten Skinheads auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche 1987, setzte im Apparat hektische Betriebsamkeit ein, dass „neofaschistischen Rowdytums“ zurückzudrängen. Das MfS intensivierte noch einmal seine Bemühungen zur Gewinnung von IM in rechtsextremer Strukturen in Ostberlin, in dem es führende Nazischläger als OibE anwarb. Die Tatsache dass vor allem die Neonaziszene Ostberlins über von der Bundesrepublik freigekaufte politische Häftlinge (Neonazis) intensivere Kontakte nach Westberlin unterhielt, bestärkte die Schlapphüte in ihrer Auffassung, die Szene sei vom Westen gesteuert. Unter der Leitung des VPK1 Leutnants Bernd Wagner wurden nun gezielt Informationen aus den Bezirken gesammelt und ausgewertet. Dabei zeigte sich, dass die rechte Jugendszene in der DDR flächendeckend existent war und an Ausstrahlungskraft gewann. Mitte 1987 gab die ZK Abteilung Jugend bei der Humboldt Universität eine interne kriminologische Studie in Auftrag, die Strafverfahren gegen rechte Täter systematisch auszuwerten. Die engagierte Kriminologin Niederländer machte sich ohne Computer und Kopiergerät an diese Arbeit. Die Ergebnisse trafen eine deutliche Aussage: in der DDR gab es entgegen des Wunschdenkens der Funktionäre und der medialen Propaganda einen Resonanz- und Organisationsraum für neonazistisches Gedankengut. Das durfte nicht wahr sein, weshalb Niederländers

Untersuchung von der auftraggebenden ZK Abteilung zwar zu Kenntnis genommen, jedoch weder diskutiert, noch zugänglich oder gar veröffentlicht wurde.

Wie schon beschrieben, verfolgte das MfS bei der Auseinandersetzung mit der rechten Szene in der DDR ganz eigene Interessen. Diese bestanden keineswegs nur darin, diese zu zersetzen sondern auch sie gegen oppositionelle Jugendliche aus der Öko- und Friedensszene zu instrumentalisieren.

Medien

Aufschlussreich und symptomatisch zugleich ist es, sich exemplarisch die Berichterstattung der DDR Medien nach dem Überfall auf die Berliner Zionskirche ins Gedächtnis zu rufen. In dieser lassen sich mindestens zwei Phasen der propagandistischen Bearbeitung des Themas Neonazismus in der DDR erkennen. In der ersten Phase wurde das Ereignis an sich, welches nur mit geringem Zeitverzug in der Berichterstattung der Westmedien eine erhebliche Rolle spielte, verschwiegen. Sodann startete eine breit angelegte Medienkampagne nach DDR Muster: Leitartikler wie Hans Dieter Schütt (Junge Welt) und andere geißelten die Tat als aus einem importierten Ungeist geborenen Denken. Zwar kämen die „Rowdys“ aus der DDR, ihre Hintermänner säßen jedoch im Westen. Alles wie gehabt ? Nicht ganz. Als die Täter des Zionskirchüberfalls wenig später zunächst zu vergleichsweise milden Strafen verurteilt wurden hagelte es Proteste. Berufene und weniger berufene Stimmen schalteten sich mit dem Effekt ein, dass das Strafmaß drakonisch verschärft wurde.

Institutioneller Rechtsextremismus

Doch es wäre falsch die Phänomenologie des Rechtsextremismus in der DDR auf die Skinheads zu reduzieren. Gesprochen werden muss ebenso von dem ab Mitte der 80er Jahre hervortretenden Rechtsextremismus in jenen Institutionen der DDR, die als besonders linientreu galten. So wurden im Zeitraum 1985 – 87 eine Vielzahl von rechtsextremen Vorfällen aus der NVA gemeldet. Eine Fallschirmjägerereinheit in Lehnin bei Brandenburg feierte Hitlers Geburtstag und singt Wehrmachtslieder. GST Gruppen stellen Schlachten des Zweiten Weltkrieges dar und setzen sich selbst als Waffen-SS Verbände in Szene. In einem Text für die Samistatzeitschrift „KONTEXT“ gelangt Konrad Weiss zu dem Fazit: *„Offenbar fällt neofaschistisches Gedankengut dort auf besonders fruchtbaren Boden, wo die Weltbilder und Werteorientierungen besonders eng gezogen sind.“* Mit anderen Worten, dort wo die ideologische

Indoktrination mit geschlossenen, autoritären Strukturen verbunden waren, nahm die Präsenz rechtsextremen Gedankengutes nicht Wunder. Deutlich wurde dies in einer MfS Einheit der Bezirksverwaltung Berlin, welche der Genosse Minister Mielke wieder auflösen ließ, da deren Mitarbeiter bei Auswärtsspielen des Stasiclubs BFC Dynamo mit SS Totenköpfen am Revers gesichtet wurden.

Eine besondere Rolle spielten auch die FDJ Ordnungsgruppen. Wie weit unter diesen rechtsextreme Einstellungen offenbar verbreitet waren, zeigten Vorfälle am Rande von FDJ Rockkonzerten, die auch von Punks besucht wurden. So berichtet eine Dresdener Samistatzeitschrift aus dem Jahr 1987, FDJ Ordner hätte eine Gruppe Punks bei der Einlasskontrolle zu einem Rockkonzert als „schwule Judenschweine“ beschimpft. Als diese sich gegen die Beschimpfungen wehrten knüppelte die FDJ Truppe die Delinquenten einfach nieder. Diskutieren gehörte offenbar nicht zu den Stärken der Kampfreserve der Partei. In ihren Agitatorengruppen lernen die FDJ ler dass Punks eine asoziale, antisozialistische Erscheinungsform des degenerierten Imperialismus sind.

Der 20. April 1989 in der DDR

Ein Schlaglicht auf die Dimension des Rechtsextremismus in der DDR warf der Verlauf der Ereignisse am 20. April 1989, dem hundertsten Geburtstag Adolf Hitlers. In den Bezirksstädten der DDR kommt es zu öffentlichen Spontanaufmärschen. Vertagsarbeiter werden gejagt. In Leipzig zeigen Neonazis offen den Hitlergruß, in Potsdam greifen sie Punks an. Die DDR Medien führen noch die alte Verschleierungstaktik vor, als sich der Schriftsteller Stephan Hermlin per Brief an die Westmedien wendet. Schockiert berichtete er von Szenen offenen Neonazismus´ die er auf dem Berliner Alexanderplatz gesehen hatte. Indes listen die Samistatzeitschriften der Opposition Übergriffe und Gewalttaten in vielen Orten der DDR auf.

Die Amnestie im Dezember 1989 und die Folgen . . .

Die von der Modrow Regierung erlassene Amnestie im Dezember 1989 spülte eine Vielzahl jener Täter auf die Straßen des im Umbruch befindlichen Landes, die zuvor wegen rechtsextremer Straftaten zu teils drakonischen Strafen verurteilt worden waren. Bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig, Dresden und Potsdam traten Neonazis nun ganz offen auf. Die Zahl der rechtsextremen Straftaten stieg in den darauffolgenden Monaten sprunghaft an, ohne das die in Auflösung begriffene und

von Autoritätsverlust gezeichnete Volkspolizei nennenswerte Anstrengungen unternommen hätte, dies zu verhindern. Bereits in den Folgemonaten entwickelte die rechte Szene in der DDR eine Gewaltdynamik, deren Wirkungen damals von der Bürgerbewegung und der Polizei unterschätzt wurde. Es sind unabhängige Antifaschist/innen in der DDR, die vor einer Radikalisierung der Entwicklung warnen, die in den folgenden Monaten eintritt.

Letzte Inszenierung

Eine letzte propagandistische Inszenierung ihres überkommenen Antifaschismus Verständnisses lieferte die SED im Januar 1990 mit der Massendemonstration „Gegen Neofaschismus“ vor dem sowjetischen Ehrenmal in Berlin Treptow. Diese beschwor die Einheitsfront gegen den angeblich herannahenden Faschismus. Bis auf Gregor Gysi sprachen alle Redner im alten ideologischen Duktus. Doch diese Gespensterbeschwörung zu Treptow folgte einer anderen Logik als der der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Denn in den Monaten zuvor verweigert die Modrowregierung dem Zentralen Runden Tisch der DDR die Auflösung des „Amtes für nationale Sicherheit“ (AfNS) der Nachfolgestruktur des MfS ausgerechnet mit dem Hinweis auf die Gefahr des Neonazismus in der DDR. Die Oppositionszeitschrift „telegraph“ kommentierte: *„Nun soll jene Struktur die Neonazis bekämpfen helfen, die sich zuvor angefüttert und instrumentalisiert hat ? Nein! Die Zurückdrängung von Rassismus und Rechtsextremismus ist bei Geheimdiensten in schlechten Händen.“*

Schluss

Der in ersten Hälfte des Jahres 1990 in der DDR gefeierte „Kurze Sommer der Anarchie“ hatte neben Kunstprojekten, verfallendem Geld und Pressefreiheit seine Schattenseiten. Den die neue Freiheit nutzenden Neonazis setzte niemand Grenzen. Eine Verfolgung von Straftaten fand praktisch nicht mehr statt. Gewaltexzesse gegen Ausländer und Punks häuften sich. Das Engagement gegen Neonazismus stand zwar in fast allen Wahlprogrammen der demokratischen Parteien zur Volkskammerwahl im März 1990. Doch außer Symbolpolitik, wie das Verbot der REPUBLIKANER im Februar 1990 geschah. Das Jahr 1990 und der Mord an Jorge Gomodai sind nur der Auftakt zu einer Welle rechter Gewalt in den dann neuen Bundesländern.

Jene, die aus verschiedenen Spektren kommend, sich dieser Entwicklung entgegenstellen wollten, sahen sich in den kommenden Monaten und Jahren buchstäblich alleingelassen und an die Wand gedrückt. Doch dies ist eine andere Geschichte.

Vielen Dank.